

Sehr geehrter Herr Landrat Wolff,

sehr geehrte Damen und Herren der Landkreisverwaltung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Kreistags, werte Vertreter der Medien, meine Damen und Herren Zuhörer.

Der brutale und völkerrechtswidrige Angriffskrieg von Russland auf die Ukraine hat in Deutschland und Europa zu einer Zeitenwende geführt und erschien uns im vergangenen Jahr unvorstellbar. Der zerstörerische Angriff der Hamas auf Israel voll Gräueltaten und Hass und damit verbunden die Offensive Israels in Gaza auch gegen die Zivilbevölkerung, übersteigt dies noch deutlich.

Meine Generation ist mit „nie wieder“ aufgewachsen. „Nie wieder“ Antisemitismus in Deutschland, „nie wieder Krieg“, „nie wieder“ Fremdenfeindlichkeit.

Jetzt müssen wir erleben, wie Antisemitismus in unserem Land, und auch in Europa wie z. B. in Frankreich, wieder vorhanden ist. Menschen jüdischen Glaubens müssen diesen verstecken sowie auch die Symbole wie Kippa und Davidstern, und leben erneut in Angst inmitten unseres Landes.

Antisemitismus muss bekämpft werden, egal aus welcher Richtung er kommt. Ob von rechts, von links, von Muslimen oder Christen.

Von ganz rechts wird jetzt versucht damit Stimmung gegen Muslime zu machen. Es darf Antisemitismus nicht allein Menschen mit Migrationshintergrund zugeschrieben werden, das konnten wir am Beispiel von Herrn Aiwanger deutlich sehen. Wir dürfen auch nicht Angehörige anderer Religionen und Herkunft unter Generalverdacht stellen, wir müssen genau hinsehen und dies auch in unserer deutschen Gesellschaft.

Politische Bildung ist eine wichtige Voraussetzung um zu differenzieren und zu verstehen, diese muss in unseren Schulen, aber auch in den Bildungsangeboten für Erwachsene wieder gestärkt werden.

Vor allen Dingen erfordert diese schwierige Zeit mit all ihren Herausforderungen von uns allen **MUT**.

Den **MUT** antisemitischen Aussagen oder gar Demonstrationen zu widersprechen, dagegenzuhalten aber auch grundsätzliche Fremdenfeindlichkeit nicht zuzulassen. Antiisraelische Demonstrationen dürfen in Deutschland nicht stattfinden, da muss der Rechtsstaat mit allen Mitteln eingreifen.

Wir brauchen auch den **MUT** um die große Anzahl der Flüchtlinge zu begrenzen. Allerdings dürfen wir bei allen Problemen nicht vergessen: „Asyl ist ein Menschenrecht!“

Die Bedingungen in den Herkunftsländern müssen verbessert werden, die Menschen sollen dort eine Perspektive haben. Wir haben allerdings nicht den Einfluss in diesen Ländern politische oder religiöse Verfolgung auszuschließen. Wir sehen auch an der großen Zahl der Geflüchteten aus der Ukraine, dass der von Putin ausgelöste Krieg die Menschen zur Flucht bewegt.

Die Verfahren müssen schneller werden, Menschen die kein Bleiberecht haben müssen das Land zeitnah wieder verlassen.

Es ist eine Frage der Haltung schnelle Entscheidungen herbeizuführen, die natürlich rechtlich Bestand haben müssen. Bei dem akuten Arbeitskräftemangel sollten wir ermöglichen, durch einen Spurwechsel alternative Bleibeperspektiven zu eröffnen. Mitwirkung muss sich lohnen, wer sich anstrengt soll eine Chance bekommen, hier zu bleiben, seinen Lebensunterhalt zu verdienen und sich in unsere Gesellschaft zu integrieren.

Personen die zu uns geflüchtet sind sollen auch während der Prüfverfahren arbeiten dürfen und können. „Nichtstun“ ist unbefriedigend und Arbeit verhilft zur Integration, zum Verständnis unserer Kultur und fördert die Deutschkenntnisse durch tägliche Anwendung.

Es sind deshalb im Landkreis auch im kommenden Jahr große Herausforderungen zu bewältigen. Wir erkennen auch das Unbehagen das in der Bevölkerung da ist. Wichtig ist, dass die Bürgerschaft das Gefühl hat, dass die Organisation stimmt, dass der Staat von der Bundesregierung bis in die Kommunen gut funktioniert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren der Landkreisverwaltung die SPD-Fraktion erkennt unter welchem großem Druck die Beschäftigten des Landkreises nach wie vor stehen.

Weil wir die Aufgaben und Herausforderungen erkennen, verzichten wir in diesem Jahr auf eine Fülle von Anträgen zum Haushalt.

Im kommenden Jahr ist im Juni die Kommunalwahl, der 16. Kreistag in seiner jetzigen Zusammensetzung wird noch sechs Monate im Amt sein.

Der neu gewählte Kreistag hat dann die Aufgabe und Herausforderung unseren Landkreis zu stärken und in die Zukunft zu führen.

Mobilität – Individualverkehr

Die **Mobilitätswende** muss gelingen. Auch da benötigen wir den **MUT** neue Konzepte zu finden und neue Wege und Möglichkeiten zu ermöglichen. Das Deutschlandticket ist ein wichtiger Meilenstein dazu, wir hoffen, dass die auskömmliche Finanzierung von Bund und Land erhalten bleibt.

Durch die Neubaustrecke Stuttgart-Ulm fahren nun deutlich weniger Fernzüge durch das Filstal. Wir müssen uns nach wie vor dafür einsetzen, dass wie zugesagt ein echter Halbstundentakt kommt und der Metropolexpress nicht mehr durch den Landkreis stolpert.

Wir brauchen dringend einen echten 15- Minutentakt auf der Filstalstrecke.

Die SPD drängt bereits seit Jahren auf einen stärkeren Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs, der Radinfrastruktur wie dem Radschnellweg, sowie innovativer Mobilitätskonzepte.

Mit Bedauern mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass der Gemeinderat der Stadt UHINGEN die Planung für den Radschnellweg auf ihrer Gemarkung abgelehnt hat. Da wurde der Samen bereits vor zwei Jahren falsch gelegt, als die Verwaltungsspitze dem Uhinger Gemeinderat dringend empfahl den Anteil der Planungskosten für den die Kommunen aufkommen sollten, nicht zu übernehmen.

Bei manchen Mitgliedern des Gemeinderats kam da eine grundsätzlich ablehnende Haltung gegenüber dem RSW auf. Bei den Planungen auf der Gemarkung wurden die Gemeinderäte nicht einbezogen, die vorgestellte Planung wurde als „alternativlos“ vorgestellt. Mehr Beteiligung hätte wahrscheinlich ein anderes Ergebnis erbracht. Es bleibt die Hoffnung, dass auch in UHINGEN die Chance für einen überörtlichen Radschnellweg erkannt wird.

Wir erinnern an unseren Antrag aus den letzten Jahren eine Busverbindung Deggingen - Schlat zu prüfen.

Immer wieder hören wir, dass der „Gairenbuckel“ von manchen auch „Schlater Buckel“ genannt, vor allen Dingen im Winter keinen Busverkehr zulässt. Wir bitten dies nochmal zu überprüfen deshalb folgender Antrag:

- **A 1:**
Busverbindung Deggingen – Schlat.
Wir beantragen, dass ein Modellversuch für die Strecke Deggingen – Schlat mit Elektrokleinbussen gestartet wird. Diese Busse werde in Schwäbisch Gmünd erfolgreich eingesetzt. (Die Umrüstung für diese Busse kann in einer Werkstatt im Landkreis Göppingen erfolgen.)

Tourismus

Der Tourismus in unserem Landkreis ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor.

Gerne unterstützen wir diesen in jeder Form und damit auch die hervorragende Arbeit des Tourismusförderers und der Erlebnisregion Schwäbische Alb und deren Geschäftsführerin.

Ein wichtiger Baustein für die Attraktivität unseres Landkreises sind die drei anerkannten Bäderorte. Mit Bestürzung vernehmen wir die Diskussion in Bad Überkingen wo eine Schließung des Thermalbades diskutiert wird. Um dies zu verhindern stellen wir folgenden Antrag:

- **A 2:**
Die Landkreisverwaltung soll prüfen ob und in welcher Form die Gemeinde Bad Überkingen für den Erhalt des Thermalbads Unterstützung vom Landkreis erhalten kann.

Den Klimawandel bekamen wir in diesem Jahr besonders zu spüren.

Viele Hitzetage im Sommer, Sommertage im Oktober, deutlich zu wenig Niederschläge, vertrocknete Obstbäume auf unseren Streuobstwiesen zu wenig Erträge zum Beispiel beim Mais oder bei Futterpflanzen für die Nutztierhaltung. Die Wälder leiden unter der Trockenheit und der Grundwasserspiegel ist zu niedrig, die Gewässer führten lange Zeit zu wenig Wasser, jetzt haben wir wiederum Hochwasser in manchen Gebieten.

Den Klimawandel nach wie vor zu leugnen ist katastrophal!

Wir müssen alles tun, um diesen zu begrenzen und alle Maßnahmen ergreifen um die weitere Erwärmung aufzuhalten.

Die SPD-Fraktion unterstützt **alle Maßnahmen** und Möglichkeiten des Landkreises dem Klimawandel effektiv zu begegnen.

Die Treibhausmissionen müssen verringert werden, um die Erderwärmung zu bremsen. Wir begrüßen die Beratungsstelle der Energieagentur für die kommunale Wärmeplanung.

A 3:

Die Beratungsstelle für kommunale Wärmeplanung soll über die Beratung der Kommunen diese zur interkommunalen Planung unterstützen. Es gibt viele Schnittstellen an den Markungsgrenzen, z. B. bei Biogasanlagen, wo eine interkommunale Zusammenarbeit sinnvoll ist.

Umgang und Entsorgung mit Wertstoffen und Abfall im Landkreis.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass unserem Antrag vom vergangenen Jahr entsprochen wurde und der Ausbau von Fernwärme nun in Kooperation von EVF und EEW geplant ist.

Im Dezember soll über die Zukunft des MHKW beraten werden.

Die Prüfung einer Rekommunalisierung desselben war ein Antrag der SPD-Fraktion im Oktober 2018. Das Ergebnis der AG Rekommunalisierung stellte fest, dass der sachgerechte und beste Weg in der Fortführung der Verträge zum MHKW und der EEW bestehen.

Entsorgung und Wiederaufbereitung sowie Verwertung von Abfällen wird auch in Zeiten der Energiewende immer wichtiger. Dazu gehört für die SPD-Fraktion ein Austausch mit den führenden Instituten und Köpfen in unserem Land, um im und für den Landkreis die beste zukunftsfähige und ökologisch sinnvollste Lösung zu finden. Dies gilt auch für die erfreulich deutlich zunehmende Fraktion der Bioabfälle. Hier gilt es zu prüfen, ob der Landkreis in kommunaler Trägerschaft oder in einem Zweckverband einen Entsorgungspark, eine Biogasanlage im Landkreis betreiben kann.

Soziales

Sozialdemokratische Politik heißt für uns den **MUT** zu haben das gute Leben im Landkreis zu erhalten und gute Rahmenbedingungen für ALLE zu schaffen.

Nach wie vor ist das mangelnde Angebot an bezahlbarem Wohnraum ein großes Problem. Hohe Baukosten und hohe Kreditzinsen machen bezahlbaren Wohnraum nicht mehr darstellbar. Um dieser Not wirksam entgegenzuwirken stellen wir folgenden Antrag:

- **A 4:**
Landkreiseigene Grundstücke und Liegenschaften sollen ausschließlich für preisgebundenen Wohnraum verkauft werden. Sollte eine gemeinnützige Wohnbaugesellschaft ein entsprechendes Modell vorlegen, sollen die Grundstücke nicht verkauft, sondern für den Investor kostenfrei zur Stärkung des Eigenkapitals zur Verfügung gestellt werden.

Kinder und Jugend

Psychologische Beratung in den Familientreffs sind notwendiger denn je, die Familien sind mehr unter Druck, die Themen werden komplexer.

Derzeit können nicht in allen Treffs die niederschweligen psychologischen Beratungen durchgeführt werden. Für 2024 ist die Finanzierung (bisher über das Landesprogramm Stärke) noch komplett offen. Hier darf keine Lücke entstehen.

Das **Bundesteilhabegesetz** beschäftigt nicht nur die Mitarbeitenden im Sozialamt sondern auch die Einrichtungen. Der Personenkreis der Menschen mit psychischen und Suchterkrankungen nimmt zu und somit auch der Beratungsbedarf und die komplexe Ermittlung der Bedarfe.

Gleichzeitig gibt es keine ambulanten Praxen zur Substitutionstherapie mehr im Landkreis. Auf diese Problematik haben wir bereits seit Jahren hingewiesen. Hier geht nochmals unser eindringlicher Appell an die Kreisärzteschaft Abhilfe zu schaffen und für eine Praxis im Landkreis zu werben und diese einzurichten.

Weniger Bürokratie und schnellere Entscheidungen – diese Schlagworte vernehmen wir täglich in allen Medien.

Die Praxis, auch bei Entscheidungen und Genehmigungsverfahren, auch leider hier im Landratsamt zeigt uns oft ein anderes Vorgehen auf.

Die Antragstellenden, ob Hilfesuchende oder auch Firmen und Gewerbetreibende kommen oft bei Beantragungen an ihre Grenzen.

Hier sollten die Mitarbeitenden ermutigt werden zu überlegen, wie auf dem schnellsten Weg eine Entscheidung herbeigeführt werden kann. So können Brüche, zum Beispiel nach einer Ausbildung oder bei der Weiterführung eines Betriebs oder einer Gaststätte vermieden werden.

Gesundheitsversorgung

Tragfähige Strukturen der medizinischen Versorgung im ganzen Landkreis

Große Sorgen bereiten unserer Fraktion die vielen nichtbesetzten Arzt- und Facharztpraxen im Landkreis. An anderer Stelle haben wir gemeinsam schon mehrfach diese Problematik diskutiert.

- **A 5:**
Um dem Mangel an niedergelassenen Ärzten zu begegnen wird es in Zukunft wichtig sein, dass „kommunale MVZ“ entstehen. Wir beantragen einen Bericht, wie diese gegründet und betrieben werden können. Auch eine Beratung und Information der Kommunen erscheint uns wichtig.

Alb Fils Kliniken

Hier erklären wir für die SPD-Fraktion ausdrücklich, dass die Mitarbeitenden der Alb Fils Kliniken in allen Bereichen sehr gute Arbeit leisten und hoch motiviert sind. Diese Motivation gilt es zu erhalten und gute Arbeitsbedingungen sowie faire und angemessene Löhne gehören für uns zwingend dazu.

Die hohe Qualität der Klinik kann nach dem Bezug des Neubaus noch besser sichtbar gemacht und sich noch weiter steigern.

Der Klinikneubau in Verbindung mit dem jetzt erst eingeweihten Ärztehaus und der Errichtung des neuen Bildungszentrums wird ein Leuchtturmprojekt der Kliniklandschaft in Baden-Württemberg sein.

Sorge bereiten uns im Hinblick auf die Finanzen des Landkreises die Defizite der Klinik. Letztes Jahr sprachen wir von einem Rekorddefizit im Jahr 2023 der Alb Fils Kliniken in Höhe von 18,8 Mio. Euro. Für 2024 wird dies auf 21,7 Mio. Euro ansteigen. In den Jahren 2024-2027 werden insgesamt 63 Mio. Euro Defizit prognostiziert. Vor 2 Tagen kam von Herrn Schmid die „**Frohe Botschaft**“: vom Land kommen 3 Mio. Euro für das Jahr 2023 als einmalige Hilfe für die Coronapandemie. Das Ergebnis für 2023 wird sich dadurch verbessern.

Wir wissen auch, dass 80% der Krankenhäuser in den Jahren 2023/24 Verluste einfahren. Dies kann und darf uns als verantwortungsvolle Mitglieder des Kreistags nicht beruhigen oder gar zufriedenstellen. Die hohen Klinikdefizite verharren länger als die Rücklagen des Kreis-Haushaltes zum Ausgleich ausreichen.

Man kann zur Auflösung des Dilemmas nur den Weg nach vorne suchen. Und der heißt: Das Umsatzwachstum durch ein modernes und effektives Medizinkonzept neu bestimmen. Zusammen natürlich mit unseren Erwartungen an den Bund für eine Vorabvereinbarung der Klinikdefizite vor einer Krankenhausreform.

Allerdings benötigt die Kreispolitik Transparenz bezüglich der Kostenentwicklung nach Inbetriebnahme der neuen Klinik.

- **A 6:**
Die Effizienzrendite der AFK muss auch in den künftigen Jahren zur Transparenz weiter dargestellt werden.



Finanzen

Sehr geehrter Herr Landrat, Sie sprachen bei der Haushaltseinbringung von einem Haushaltsvolumen in Höhe von 445 Mio. Euro, die Verschuldung steigt und die Rücklage nimmt deutlich ab.

Dazu kommt die Belastung durch die rückläufige Konjunktur und die höhere Belastung durch die Inflation. Wir sind dankbar für die regelmäßigen Finanzausschüsse der Kämmerei in Verwaltungsausschuss und Kreistag. Überraschungen werden so reduziert, wenn auch, wie im Falle der im Haushaltsjahr 2023 gestiegenen Klinikdefizite, nicht vermieden. Sorgen bereiten uns auch die sinkenden Einnahmen bei der Grunderwerbsteuer.

Wir akzeptieren auch die rechtzeitig von Landrat und Kämmerer gemachte Ansage, dass nach guten Jahren jetzt schwierige Jahre kommen.

Was wir nicht akzeptieren werden, weder von uns hier selber im Kreistag, noch von der Verwaltung, noch von der Öffentlichkeit, ist Fatalismus gegenüber dem, auf was wir derzeit - politisch nicht gewollt - zusteuern.

Die Eigeneinnahmen und Transfereinnahmen des Landkreises müssen durch innovatives, wirtschaftliches und nachhaltiges Bevölkerungswachstum erweitert werden.

Wir freuen uns, dass der Bund bei der Grundsicherung und das Land bei den Schlüsselzuweisungen faire Partner sind.

Wir werden dem Vorschlag der Verwaltung zur Beibehaltung des Hebesatzes der Kreisumlage von 32,5 % Stand heute zustimmen. Wir wissen sehr wohl, dass dies für die Kommunen auch im kommenden Jahr nicht einfach sein wird, aber bei den großen Herausforderungen und den Unsicherheiten auch für den Landkreis im kommenden Jahr halten wir diese Höhe für dringend erforderlich.

Wirtschaft

Ich komme zur wirtschaftlichen Situation unseres Landkreises. Der Landkreis und seine Teilräume profitieren im wirtschaftlichen Aufschwung durchschnittlich und leiden im wirtschaftlichen Abschwung überdurchschnittlich. Das ist seit Jahrzehnten nicht neu, wir spüren das jetzt wieder. Die Gründe in der traditionellen bröckelnden Gewerbestruktur und dem Fehlen neuer Industrien wie Dienstleistungen sind bekannt. Unternehmensleuchttürme und Boot-Camps sind schöne, motivierende und gute Geschichten, aber keine durchgreifende Strukturverbesserung. Wir haben als SPD früh deutlich gemacht, dass für uns der vielversprechendste Weg die **Qualifizierung** ist. Aus- Fort- und Weiterbildung für alle Bevölkerungsgruppen. Hier haben der Landkreis mit seinen Berufsschulzentren und die Kommunen insgesamt mit allgemeinbildenden Schulen, die noch viel mehr berufsorientierend sein sollten, sowie auch mit Volkshochschulen ein wirkliches Instrumentarium. Dazu die beiden Hochschulen für angewandte Wissenschaft. Hier erwarten wir im neuen Jahr mehr als einen Bildungsgipfel mit aneinandergereihten Statements, der einen nicht ganz unverdienten Kommentar in den Medien erhalten hat.

Ebenso erwarten wir eine Evaluation der Existenzgründerzentren, von denen wir nicht so recht wissen, was dort an Zukunftsweisendem geschieht. Jammern über zu wenig Flächen ist berechtigt, wenn damit qualitätsvolle Ansiedlungschancen vertan werden, ist aber ein Alibi, wenn man keinen konkreten Plan hat.

- **A 7:** Eine Evaluation der Existenzgründerzentren darüber welche Unternehmen aus den Zentren entstanden sind und zukunftsfähig sind. Die Art und Anzahl der Arbeitsplätze sollen ebenfalls ermittelt und dargestellt werden.

Wir erinnern noch an unsere Forderung vom vergangenen Jahr:

Eine Perspektivplanung ‚Angebote der beruflichen Ausbildung an den beruflichen Schulzentren unseres Landkreises‘, die bis zum Ende dieses Jahrzehnts reicht, soll gemacht werden. Sie soll der schleichenden Aushöhlung beruflicher Ausbildung während der letzten Jahre entgegenwirken, vor allem aber neue berufliche Ausbildungsgänge identifizieren und prüfen

Gemeinsam mit der IHK, den Handwerkskammern, der Agentur für Arbeit und den Schulen soll ein Aktionsbündnis entstehen.

Eine Stelle für Integrationsmanagement zur Information, Unterstützung und Vermittlung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund soll den Übergang von der Schule in die berufliche Ausbildung stärken

Noch einige Worte zum **Stellenplan**:

Diesem können wir Stand heute zustimmen. Kritisch sehen wir wie auch in den Vorjahren die pauschale Vorabreduzierung der Personalkosten in Höhe von 2,1 Mio. Euro, dies bedeutet nach wie vor eine deutliche Unterbesetzung von Stellen im Landratsamt. Dadurch steigt die Arbeitsbelastung der Mitarbeitenden, dies sehen wir mit großer Sorge. Für die vielfältigen komplexen Aufgaben ist eine Arbeitsüberlastung auf Dauer nicht hinnehmbar und auch nicht leistbar.

Auch die Gewinnung von Personal um Stellen zu besetzen wird zunehmend schwieriger.

Nach Auffassung der SPD-Fraktion ist es wichtig allen Mitarbeitenden Perspektiven aufzuzeigen und auch über eine attraktive und angemessene Entlohnung in allen Bereichen nachzudenken. Arbeitskräfte fehlen überall, auch in der freien Wirtschaft. In dieser Konkurrenz muss die öffentliche Verwaltung bestehen und gegebenenfalls entsprechend handeln. Eventuell sind Stellenbewertungen allein nicht das richtige Instrument um motivierte und qualifizierte Mitarbeitende zu bekommen und zu behalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, dieses Jahr war immer wieder von „Priorisierung“ der Aufgaben im Landkreis die Rede.

Dies vor allen Dingen unter dem Gesichtspunkt der Finanzen des Landkreises.

Auch hier zeigt die SPD-Fraktion **MUT**:

Bereits an Hand unserer Anträge konnten Sie diese Priorisierung erkennen, folgende Themen haben für uns höchste Priorität, sie sind gleichbedeutend und stellen keine Reihenfolge dar:

- **Klimaschutz als Querschnittsaufgabe in allen Bereichen**
- **Flächendeckende Gesundheitsversorgung im gesamten Landkreis**
- **Soziales: – gutes Leben und Arbeiten für ALLE im Landkreis**

Dies sind alles Themenfelder und Aufgaben, die wir für einen funktionierenden und zukunftsfähigen sowie attraktiven Landkreis gleichermaßen benötigen.

Wir sollten nicht versuchen Themen gegeneinander auszuspielen, sondern im Austausch untereinander, mit der Verwaltung und den Akteuren im Landkreis diese gut gestalten.

Wir haben auch den **MUT** uns auf das kommende Jahr zu freuen:

- Die neue Klinik wird eingeweiht und bezogen, wir haben dann eine der modernsten Kliniken in Deutschland oder gar europaweit im Landkreis

-Die Baumaßnahmen in Geislingen beim Berufsschulzentrum und bei der Bodelschwingschule gehen weiter

- In allen Bereichen sind nach wie vor hoch motivierte Menschen anzutreffen die sich einbringen und alle Anstrengungen unternehmen um unsere Gesellschaft lebenswert zu halten.

„Wo die Zivilcourage keine Heimat hat, reicht die Freiheit nicht weit.“
sagte Willy Brandt.

Ich wünsche uns allen diese Zivilcourage um die Freiheit und Gerechtigkeit in unserem Land zu erhalten.

Lasst uns diskutieren und widersprechen und nicht wegsehen, lasst uns Haltung zeigen, wenn jemand Unrecht widerfährt. „Nie wieder“ muss auch jetzt in dieser schwierigen Zeit Gültigkeit behalten.

Zum Schluss meiner Ausführungen bedanken wir uns:

bei Ihnen Herr Landrat Wolff für die gute Zusammenarbeit in diesen für Alle schwierigen Zeiten, der Kämmerei und Ihnen Herr Stolz für die Erstellung des Haushaltsplans, bei allen Mitarbeitenden in der Verwaltung sowie in allen landkreiseigenen Einrichtungen für die immer gute Zusammenarbeit.

Ein besonderer Dank geht an die Geschäftsführung und alle Mitarbeitenden der Alb Fils Kliniken.

Auch bei den Mitgliedern meiner Fraktion bedanke ich mich für die konstruktiven Diskussionen und die Zuarbeit.

Danke auch an alle Personen im Landkreis die sich engagieren und für unsere Gemeinschaft einsetzen, sei dies in Vereinen, Organisationen, Verbänden, bei den Rettungsdiensten und vielem anderen mehr.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit